

Zwischen Revolution, Wirtschaftsdemokratie und Korporatismus – Betriebsräte 1918 und heute

Wissenschaftliche Tagung an der FU Berlin, 25. Januar 2019

Das hundertjährige Jubiläum der Novemberrevolution wurde zum Anlass genommen, um die historische und aktuelle Rolle von Betriebsräten kritisch zu diskutieren. Die breite gesellschaftliche Auffassung sieht in Betriebsräten lediglich ein Funktionselement moderner Wirtschaftsunternehmen, die dazu beitragen sollen Arbeitsatmosphäre, Produktivität und Krisenfestigkeit zu erhöhen. Betriebliche Mitbestimmung wird auch seitens der Unternehmerverbände positiv bewertet, aber eben nur als Einrichtung zur Befriedung der Wirtschaft. Betriebsräte heute im Zusammenhang mit der revolutionären Rätebewegung zu diskutieren und damit den demokratisch-emanzipatorischen Charakter der Gremien zu betonen, ist also keine Selbstverständlichkeit.

Im Eröffnungsvortrag stellte der Jurist und Autor zahlreicher Handbücher zur Betriebsratsarbeit *Wolfgang Däubler* eine wenig beachtete Phase der betrieblichen Mitbestimmung in Deutschland vor: Im Kontrollratsgesetz Nr. 22 hatten die Alliierten im besiegten Deutschland die Institution der Betriebsräte wieder aufleben lassen, allerdings ohne ihnen die Pflicht zum sozialpartnerschaftlichen Handeln aufzuerlegen. Im Gesetz fehlten konkrete Mitbestimmungsrechte, dafür wurden die Gremien mit Streikrechten ausgestattet, um sich diese Rechte selbst erkämpfen zu können. Eine Beschäftigung mit dieser kurzen Etappe wirft ein Schlaglicht auf die Besonderheiten und Unzulänglichkeiten der darauffolgenden, bis jetzt bestehenden Betriebsverfassung und stellt ihre Alternativlosigkeit in Frage. Deutlich wurde auch, wie dringend eine kritische Geschichte der betrieblichen Mitbestimmung gebraucht wird, die auch die konflikthaften Entwicklungen berücksichtigt.¹

Stefan Bollinger lieferte in seinem Vortrag eine konzise Zusammenfassung der Vorgeschichte und Entstehung der Rätebewegung. Im Anschluss wurden vor allem die Fragen diskutiert, wie sich Räte als spontane Organisationsform 1918 bilden konnten und wie es zu erklären ist, dass sie sich auf dem Reichsrätekongress quasi selbst entmachteten. Bollinger zeichnete die Grundlinien einer deutsch-deutschen Rezeptionsgeschichte der Novemberrevolution nach – eine Unternehmung, die es unabhängig vom 100jährigen Jubiläum weiter zu verfolgen gilt.

In einer Panel-Diskussion richteten die Doktorand*innen *Jule Ehms*, *Stefan Weise* und *Vincent Streichhahn* das Augenmerk auf weitere, weitgehend unbeachtete Aspekte der Geschichte um 1918. Ehms lieferte eine Darstellung der zeitgenössischen Kritik der Freien Arbeiter-Union Deutschlands an Theorie und Praxis der Betriebsräte, während Weise über den marxistischen Theoretiker und Praktiker der Rätebewegung Karl Korsch berichtete. Streichhahn

¹ Hier lohnt der Blick zurück: Kritik der Mitbestimmung. Partnerschaft oder Klassenkampf? Eine Studie von Frank Deppe, Jutta von Freyberg, Christof Kievenheim, Regine Meyer und Frank Werkmeister, Frankfurt/M. 1969; IMSF, Mitbestimmung als Kampfaufgabe, Köln 1971.

lieferte einen Überblick über die bisher kaum erforschte Frage der Rolle von Frauen innerhalb der Rätebewegung.

Im Abschlusspodium, besetzt mit dem Betriebsrat und Organizer *Michael Heldt*, der ehemaligen stellvertretenden Vorsitzenden des Gesamtbetriebsrates von H&M *Kim Lange*, dem ehemaligen Vorsitzenden der IG Medien *Detlev Hensche* und dem Fachanwalt für Arbeitsrecht *Thomas Berger*, wurden die Ergebnisse der historischen Vorträge diskutiert und ihre Bedeutung für die aktuelle Tätigkeit von Betriebsratsgremien besprochen. Da sich auch unter den Teilnehmer*innen zahlreiche betrieblich Aktive befanden, wurde die Diskussion durch lebhaftes Wortmeldungen und Berichte ergänzt. So konnte zum Beispiel das Verhältnis von Betriebsrat und Gewerkschaft und vor allem von Betriebsrat und Belegschaft ausführlich diskutiert werden, zwei Fragen, die bisher eine deutliche Lücke in der Mitbestimmungsforschung darstellen.

Uneinigkeit bestand darin, wie der rechtliche Rahmen, also das Betriebsverfassungsgesetz, zu bewerten sei. Während Detlev Hensche der Meinung war, dass es durch seine Beschränkungen gekennzeichnet sei und weit hinter dem zurückstehe, was in der revolutionären Rätebewegung von 1918 gefordert wurde, betonte Thomas Berger, dass auch im Rahmen des Betriebsverfassungsgesetzes progressive Betriebsratsarbeit möglich sei, viele Betriebsräte es nur versäumen würden, ihren rechtlichen Spielraum auch wirklich auszuschöpfen. Von Kim Lange kam jedoch der Einwand, dass in der Praxis zahlreiche Hemmnisse und die oft konsequente Bekämpfung durch die Unternehmenseite dies selbst für aktive Gremien erheblich erschwere. Kontrovers diskutiert wurde auch die Frage, ob Betriebsräte mehr Einfluss in wirtschaftlichen Angelegenheiten bekommen sollten. Man war sich einig, dass modern aufgestellte Betriebsratsgremien sicherlich über ausreichend Sachverstand und betriebliches Wissen verfügen und die Aufgabe des Managements womöglich wesentlich besser als die bestehenden Leitungsebenen übernehmen könnten. Michael Heldt machte jedoch stark, dass Arbeiter*innenkontrolle in einzelnen Betrieben nicht die Konkurrenz zwischen den Arbeiter*innen als solche überwinden und die Probleme nur verlagern würde. Hier schließt sich die Frage nach dem Verhältnis von Betriebsrat und Gewerkschaft an. Die Beschränkung auf die eigene Arbeitsstelle birgt immer die Gefahr eines Betriebsegoismus. Die einheitliche Forderung war deswegen, dass Betriebsräte mehr gewerkschaftliche Aufgaben übernehmen sollten: Sie müssten intensiv dazu beitragen, die Belegschaften mündig zu machen und das Engagement der Einzelnen zu stärken. Einhellig war auch die Analyse, dass es aktuell an gemeinsamen politischen Zielsetzungen fehle und aus vereinzelt ökonomischen Kämpfen nur schwer politische Bewegungen entstehen würden. Gefordert wurden deswegen die weitergehende Vernetzung von Betriebsräten und anderen betrieblichen Aktiven sowie die gemeinsame theoretische Reflexion des eigenen Handelns.

Die Konferenz wurde von der Hans-Böckler-Stiftung, der Stiftung Menschenwürde und Arbeitswelt sowie der R+A Recht und Arbeit GmbH organisiert, konzipiert bzw. finanziert. Ein Tagungsband erscheint voraussichtlich Anfang 2020.

René Kluge

Aus unseren Kämpfen lernen

Vierte Konferenz gewerkschaftlicher Erneuerung, veranstaltet von der Rosa-Luxemburg-Stiftung und von regionalen Gewerkschaftsgliederungen, Braunschweig, 15. bis 17. Februar 2019

Unter dem Titel „Aus unseren Kämpfen lernen“ lud die Rosa-Luxemburg-Stiftung zur vierten Konferenz gewerkschaftlicher Erneuerung nach Braunschweig ein. Gefolgt waren der Einladung über 700 TeilnehmerInnen. Nach Auskunft der Veranstalter handelte es sich um die größte „linksgewerkschaftliche Konferenz der vergangenen drei Jahrzehnte“. Im Vergleich zu den drei vorherigen Tagungen waren nicht nur mehr Interessierte gekommen, sondern es waren auch mehr lokale und regionale Gewerkschaftsgliederungen als Mitveranstalter dabei, so die IG Metall Verwaltungsstellen Braunschweig, Wolfsburg und Salzgitter-Peine, der ver.di Bezirk Süd-Ost-Niedersachsen und die regionalen Gliederungen von DGB, NGG und GEW.

Im Mittelpunkt der Tagung standen der Informations- und Erfahrungsaustausch über Aktionen der täglichen Gewerkschaftsarbeit und der bei vielen Aktiven spürbare Wunsch nach einer Erneuerung gewerkschaftlicher Politik. Die Konferenz wolle „ein Forum für den gewerkschaftsübergreifenden Austausch über innovative Gewerkschaftsarbeit sein“, hatte Mitveranstalterin Fanny Zeise von der Rosa-Luxemburg-Stiftung im Vorfeld erklärt. Dieser Austausch finde „in den Gewerkschaften selbst leider oft noch zu wenig“ statt. Die Konferenz wolle der „Suchbewegung in den Gewerkschaften“ Raum für Diskussionen geben.

Die Tagung begann mit mehreren Themen- und Praxisseminaren; ihnen folgten Vorträge und eine Podiumsdiskussion. Der Ökonom und Journalist *Winfried Wolf* (LunaPark21) gab einen Überblick zur Lage der Weltwirtschaft und schloss mit dem Befund, dass sie seit der Krise 2007-08 eine Art Dümpelezyklus durchläufe: Das Wirtschaftswachstum in den westlichen Industrieländern sei sehr gering, in den Vereinigten Staaten setze sich die Deindustrialisierung weiter fort und China, der bisherige Motor der Weltwirtschaft, habe mit einem kontinuierlichen Rückgang des Wirtschaftswachstums zu kämpfen. Hinzu kommt, so eine von Wolfs Thesen, dass die westlichen Industrienationen aufgrund ihrer hohen Schuldenquoten bei der nächsten Krise weniger finanzpolitischen Spielraum hätten.

Bei der Abendveranstaltung sprach *Oliver Nachtwey* (Univ. Basel) über „Gewerkschaftliche Handlungsperspektiven in der Abstiegsengesellschaft“. Er konstatierte eine inzwischen weit vorangeschrittene Fragmentierung und Erosion des Tarifsystems. Immer weniger Beschäftigte arbeiteten unter Bedingungen eines Tarifvertrags. Verbunden damit gebe es eine Prekarisierung von immer mehr Beschäftigungsverhältnissen, die sich für einen erheblichen Anteil der Lohnabhängigen als „Re-Proletarisierung“ auswirke. Daraus leitete er zwei zentrale Thesen ab. These 1: Die Streikaktivitäten verlagerten sich vorwiegend in die „Knotenpunkte des modernen Kapitalismus“. Das seien die Bereiche der Reproduktion, der Logistik, der Dienstleistungen. Als Beispiel nannte er den Kita-Streik und die Streiks im Gesundheitsbereich. Reproduktion werde sogar zur neuen sozialen Frage. Streiks

würden in diesem Zusammenhang weiblicher und gesellschaftlicher. Den Organisationsbereich der IG Metall mit seinen „korporatistischen“ Strukturen erwähnte er nur mit einem Nebensatz. These 2: Es gebe eine „De-Institutionalisierung“ des Streikgeschehens; diese führe zu einer „Re-Moralisierung“ der sozialen Konflikte. Die Kämpfe um Anerkennung und Würde rückten ins Zentrum. Dies betreffe ebenfalls die von ihm genannten „Knotenpunkte“.

Es verwundert nicht, dass diese Thesen in der anschließenden Podiumsdiskussion eine Kontroverse auslösten. Nachtwey erhielt Zustimmung von *Bernd Rie-xinger*, Ko-Vorsitzender der Partei Die Linke. Auch er sah das Zentrum der gegenwärtigen und zukünftigen Streikaktivitäten im Dienstleistungsbereich und in den Anerkennungsfragen. Widerspruch kam dagegen von *Hans-Jürgen Urban*, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall. Urban konzedierte, an Nachtwey gerichtet: Die Unterscheidung zwischen „traditionellen“ Streiks um materielle Forderungen und „Streiks der Zukunft“ um Anerkennung, also die Unterscheidung von, zugespitzt, Streiks von „gestern“ und Streiks von „heute und morgen“, taue vielleicht begrenzt als analytische Kategorie. In der Realität seien aber beide Aspekte immer untrennbar miteinander verwoben. Das sei so bei den Streiks in den Sorgeberufen, in denen es zum einen um moralische Anerkennung, aber doch auch um Anerkennung in Form leistungsgerechter Bezahlung gehe. Das sei auch bei den großartigen und in ihrer Art neuen Kita-Streiks so gewesen, aber eben auch bei den Streiks in der Metallindustrie, die in ihrer gesellschaftlichen Wirkung eine enorme Wucht entfaltet hätten. Auch hier sei die Forderung nach Arbeitszeiten, die zum Leben passen, ein Kampf nicht nur um materiellen Ausgleich, sondern auch um Anerkennung gewesen, ein Kampf um das Recht, mehr Selbstbestimmung über die eigene Arbeitszeit durchzusetzen. Urban äußerte die Hoffnung, der Metaller-Streik könne zum Ausgangspunkt für eine – längst überfällige – breite gesellschaftliche Debatte um Arbeitszeiten werden. *Christine Behle* (Vorstandsmitglied ver.di, designierte stellv. ver.di-Vorsitzende) und *Marlis Tepe* (Vorsitzende GEW) analysierten vergangene Auseinandersetzungen und versuchten einen Ausblick auf zukünftige Entwicklungen in ihren jeweiligen Organisationsbereichen.

Den zweiten Konferenztag eröffnete *Klaus Dörre* (Uni Jena) zum Thema „Rechtspopulismus und Gewerkschaften“. Sein Vortrag gab, auch wenn das von der Tagungsregie wohl nicht so geplant war, inhaltsreiche Impulse, die mit Blick auf die vorangegangene Kontroverse weiterführende Schlussfolgerungen ermöglichten. Dörre erläuterte in der Hauptsache drei Thesen. 1. Die Globalisierung sei „repulsiv“ geworden, sie schlage zurück und löse eine große gesellschaftliche Transformation aus, um deren Entwicklungsrichtung erbittert gestritten werde. Wachstum, das wichtigste kapitalistische Lebenselixier, werde schwächer und schwieriger. In der Folge würden die Verteilungskämpfe härter, die soziale Ungleichheit nehme weltweit zu. Dörre fasste das mit dem Begriff der „ökonomisch-ökologischen Zangenkrise“: Kapitalistisches Wirtschaftswachstum gelinge seltener und schwächer. Wenn es aber gelinge, produziere es ökologische Zerstörung und weitere soziale Verwerfungen. Hier schloss er die 2. These an: Der Rechtspopulismus präsentiere sich

als die Antwort auf diese Entwicklung. Er leugne die ökologischen Probleme, ethnisiere die soziale Frage und stellt ihr ein völkisches Gesellschaftsideal entgegen. Das gelinge ihm stellenweise auch bei Lohnabhängigengruppen. Diese völkische „Solidarität“ sei ein Sprengsatz für gewerkschaftliche und Klassenolidarität. Daraus schlussfolgerte Dörre als 3. These: Wenn die Rechten die Systemfrage stellen, müssen die Linke und die Gewerkschaften das auch tun und können sich nicht auf Verbesserungen im Betrieb beschränken. Er erläuterte das am Beispiel der Automobilindustrie: Selbstverständlich sei es gewerkschaftliche Aufgabe, die Arbeitsplätze dort zu sichern. Dies müsse aber verbunden werden mit einem zukunftsfähigen Mobilitätskonzept. Dörres Verweis auf dieses gesellschaftliche Kernproblem kontrastierte zu den Thesen von Nachtwey, der die „traditionellen“ industriellen Kernbereiche der Gesellschaft nur beiläufig erwähnt hatte. Es gehe auch für die Industriegewerkschaften darum, Fragen des „was, wozu und wofür“ der Produktion zu stellen und zu beantworten. Die Gewerkschaften könnten sich nicht beschränken auf klassische Umverteilungspolitik (die natürlich notwendig sei), sie müssten auch um die Entscheidungsmacht in Wirtschaft und Gesellschaft streiten. Dies bedeute eben, die Systemfrage richtig zu stellen.

Zu Problemen des Organizing sprach die US-amerikanische Gewerkschafterin und Organizerin *Jane McAleavey*, deren Buch „No Shortcuts“ eigens für die Konferenz übersetzt worden war („Keine halben Sachen“). Sie berichtete u.a. von den Lehrerstreiks in Kalifornien, an denen sich mehr als 30.000 LehrerInnen beteiligt hatten, und stellte ihren Organizing-Ansatz vor, der einerseits auf eine hohe Streikbeteiligung (mehr als 95 Prozent) abzielt und andererseits die Aktivierung der Streikenden selbst zum Ziel habe. Als entscheidendes Erfolgskriterium hob sie hervor, dass OrganizerInnen innerhalb der Belegschaften organische AnführerInnen identifizieren und für sich gewinnen müssten. Erfahrungen mit Organizing waren auch Gegenstand mehrere Arbeitsgruppen.

Das weitere Programm bot ein breit gestreutes Angebot an Arbeitsgruppen, Themen- und Praxisseminaren, Branchentreffen sowie Möglichkeiten der Vernetzung und des Austauschs. Themen waren u.a. die Gegenwehr im Niedriglohnsektor, Kämpfe gegen Prekarisierung an Hochschulen, Auseinandersetzung mit Betriebsschließungen und Verlagerungen, Fragen politischer Betriebsarbeit, Perspektiven einer neuen Arbeitszeitoffensive, Agile Arbeit und der Umgang mit dem Rechtspopulismus in Betrieb und Gewerkschaft.

In der Arbeitsgruppe zu aktuellen Arbeitskämpfen bilanzierte der Streikforscher *Heiner Dribbusch* (WSI in der Hans-Böckler-Stiftung) das aktuelle Streikgeschehen: 2018 sei ein erfolgreiches Streikjahr gewesen. Gegenüber 2017 habe sich das Arbeitskampfvolumen (Streiktage) mehr als vervierfacht, hauptsächlich durch die Streikaktionen der Metall-Tarifrunde im Frühjahr 2018. Erstmals seit 2008 habe die Mehrzahl aller Auseinandersetzungen nicht im Dienstleistungsbereich stattgefunden, sondern (mit 53 Prozent) im produzierenden Gewerbe. Neben der IG Metall seien auch Arbeitskämpfe im Bereich der NGG daran beteiligt gewesen. Dribbusch hob die Bedeutung der Arbeitszeitfra-

ge hervor – nicht nur in den Streiks der IG Metall, sondern etwa auch der Eisenbahngewerkschaft EVG. Er verwies u.a. auf die Fortsetzung der Entlastungskampagne in den Krankenhäusern und einen ersten Anlauf zu gewerkschaftlicher Organisierung bei Ryanair.¹

Richard Rohnert (IG Metall) stellte das neu erprobte – und äußerst wirksame – Konzept der 24-Stunden-Streiks in der Metallindustrie vor. *Kalle Kunkel* (ver.di Sekretär für die Berliner Charité) resümierte die Auseinandersetzungen im Pflegesektor. Er verwies auf das innovative Streikmodell auf Grundlage von Notdienstvereinbarungen und betonte, dass die hohe Streikmacht der Beschäftigten in den Krankenhäusern paradoxerweise geradezu ein Resultat der neoliberalen Umstrukturierung der Krankenhäuser (Fallpauschalen etc.) sei. Kunkel erläuterte das Ineinandergreifen von tariflichen und politischen Auseinandersetzungen: Die Tarifabschlüsse des vergangenen Jahres in den Kliniken in Homburg, Düsseldorf und Essen (später auch in Augsburg) seien nur möglich geworden, weil seitens des Gesundheitsministeriums die Finanzierung zusätzlicher Stellen zugesichert wurde. In diesen Tarifabschlüssen sei erstmalig detailliert geregelt worden, wie das Personal in den Kliniken bemessen sein müsse. Verstöße gegen den Tarifvertrag würden dadurch leichter sanktionierbar.

In zahlreichen Beiträgen der Arbeitsgruppen ging es um Streikziele wie bessere Bezahlung, oftmals verbunden mit Forderungen nach Erhalt oder Wiederherstellung der Tarifbindung. Viele der 216 unterschiedlichen Streiks des Jahres 2018 (Dribbusch) waren Arbeitskämpfe um Haus- oder Firmentarifverträge. Auch die „Feminisierung von Arbeitskämpfen“, wie es in der anlässlich der Konferenz erschienenen Broschüre *Frauen*streik!* von *Ingrid Artus* heißt, war eines der vieldiskutierten Themen der Tagung.

In der Abschlussveranstaltung berichtete *Ana Ricón* (Personalratsvorsitzende der Universität Sevilla) von ihren Erfahrungen mit dem Frauengeneralstreik in Spanien, an dem zirka fünf Millionen Menschen teilgenommen hatten. *Yanira Wolf* (Gewerkschaftssekretärin ver.di) verwies auf die schwierigen Ausgangsbedingungen für einen Frauenstreik in Deutschland (kein persönliches Streikrecht, Verbot von politischen Streiks), warnte aber zugleich vor legalistischen Diskussionen und appellierte an die KollegInnen, sich am Frauenstreik am 8. März zu beteiligen. Mögliche Aktionsformen wären beispielsweise das gemeinsame Schreiben von Überlastungsanzeigen oder die „Aktive Mittagspause“. Es folgten Kurzvorträge mit Ausblicken auf kommende Kämpfe. Hier kamen auch Aktive aus den Betrieben selbst zu Wort, die sonst auf den großen Podien wenig präsent waren: *Lena Fuhrmann* (Betriebsrätin bei Salzgitter Flachstahl) und *Tim Reuter* (Aktivist bei #noNPOG) warnten vor dem Polizeiaufgabengesetz in Niedersachsen und forderten zu gewerkschaftlicher Gegenwehr auf. *Jan Andrä* (VK-Leiter im VW-Werk Zwickau) sprach zur Bewegung zur Angleichung der Arbeitszeit in West- und Ostdeutschland.

Samuel Denner

¹ Vgl. auch Dirk Müller/Juri Kilroy, Streikmonitor: Arbeitskonflikte im Jahr 2018, in diesem Heft.

Analyse einer Vorkriegssituation?

Hegemonieverschiebungen in der Weltwirtschaft – neue Konfliktfelder. Kolloquium aus Anlass des 75. Geburtstages von Jörg Goldberg, Frankfurt/M., 23. Februar 2019

„Hegemonieverschiebungen gehen in der Geschichte regelmäßig nicht friedlich ab“, stellt Jörg Goldberg fest. Er sprach als letzter Vortragender in diesem von der Redaktion „Z“ veranstalteten Kolloquium in Vertretung des erkrankten Frank Deppe. Goldberg ist bekannt dafür, dass er große Worte scheut. Deshalb auch war im Titel der von dieser Zeitschrift aus Anlass seines 75. Geburtstages organisierten Veranstaltung von Hegemonie und nicht von Vorherrschaft, von Verschiebungen und nicht von Kampf die Rede. Übersetzt bedeutete Goldbergs zutreffende Bemerkung auch: Weil die Vorherrschaft der Welt heute und in der nahen Zukunft umkämpft sein wird, müssen wir uns auf (einen großen) Krieg einrichten.

Goldbergs zurückhaltende Methode hat den Vorteil, dass besser abgewogen argumentiert werden kann. Und das geschah – zunächst sehr verhalten. *Simone Claar* (Kassel) und *Dieter Boris* (Marburg) sprachen über aktuelle Veränderungen der Weltwirtschaft und setzten dabei den Akzent auf diejenigen Länder, die die Entwicklung zum voll entwickelten Kapitalismus zum größten Teil noch vor sich haben. Einig waren sie sich darin, dass die Begriffe des „globalen Südens“ und „globalen Nordens“ wenig sinnvoll seien – schon weil die davon erfassten Länder völlig ungleich seien. Eine Reihe von Ländern – Boris nannte unter den großen China, Südkorea, Indien, Indonesien – seien Gewinner der „neoliberalen Globalisierung“. Er betonte, wie wichtig ein kohärenter Staatsapparat als Voraussetzung für ökonomische Entwicklung sei. Die Triebkräfte der „Globalisierung“ benannte Boris nur allgemein. Es gehe bei der Herrschaft des imperialen Zentrums nicht um die Übernahme fremder Territorien sondern um den freien Zugang der Investitionen in fremden Ländern und – nicht minder wichtig – die Möglichkeit, die dort gemachten Gewinne heimzuholen.

Die These von der großen Bedeutung eines handlungsfähigen Staatsapparates fand ungeteilten Beifall. *Thomas Sablowski* (Berlin, Rosa-Luxemburg-Stiftung) wies darauf hin, dass es eben deshalb einigen Entwicklungsländern gelungen sei, dem Schicksal zu entkommen, nur verlängerte Werkbank der Konzerne im Zentrum des Weltkapitalismus zu sein, anderen aber eben nicht. *Stefan Krüger* (Berlin) wies auf den erfolgreichen Staatsinterventionismus der vier Tigerstaaten (Südkorea, Taiwan, Hongkong und Singapur) hin, dem erst danach der im Prinzip ähnliche strategische Erfolg Chinas und noch später – in den 1990er Jahren – die Nutzung von Ländern wie Indonesien durch die globalen Konzerne für ihre Wertschöpfungsketten gefolgt sei. *Hermann Kopp* (Düsseldorf, Marx-Engels-Stiftung) warf die Frage auf, ob Chinas System denn Sozialismus oder aber Staatskapitalismus à la Lenins Neuer Ökonomischer Politik sei. Von Goldberg kam die eindeutige Antwort, dass es sich um

Kapitalismus handle. Denn erstens finde in China Kapitalakkumulation und zweitens intensiver Klassenkampf statt.

Franz Garnreiter (Rosenheim, isw) eröffnete mit einer Intervention zur ökonomischen Schwäche und zum Niedergang der USA bei gleichzeitig anhaltender Dominanz des Dollar (US-Finanzkapital) die Diskussion frühzeitig zum zweiten Thema der Machtverschiebung auf globaler Ebene. In seinem Referat wies *Rainer Falk* (Luxemburg, Weltwirtschaft und Entwicklung) darauf hin, dass von einer „neuen (gerechteren) Weltwirtschaftsordnung“ wohl wegen der „Wucht des Neoliberalismus“ so gut wie keine Rede mehr sei. Den vor allem von China ausgehenden Anstrengungen Alternativen zu den Washington-Institutionen zu schaffen, maß er keine große Zukunft bei. Allzu deutlich sei allerdings, dass die von der US-Regierung unter Donald Trump entfesselten Handelskriege auf die Zerstörung des chinesischen Entwicklungsmodells abzielten.

Werner Ruf (Kassel, AG Friedensforschung) vertrat die These, aus Sicht der USA werde Russland als unterworfen benötigt, um die Einkreisung Chinas zu kompletieren. Deutschland sei dabei mehr als ein williger Helfer, sondern (neben den USA) zweite Führungsmacht in der NATO. „Wir“ führen Krieg in Afghanistan, Mali und Syrien, stellte er zu Recht fest.

Peter Wahl (Worms, Weed, Attac) versuchte eine Zusammenfassung der aktuellen politökonomischen Gemengelage: Politische Instabilität, gleichbedeutend mit Kontrolleinbußen der Mächtigen; eine neue Fokussierung auf den Nationalstaat; erfolgreicher Staatskapitalismus Chinas; eine Revolution der Produktivkräfte mit entsprechend verschärfter Konkurrenz um deren Kontrolle, ökonomischer und auch militärischer Nutzung; die Dringlichkeit der ökologischen Probleme; der beginnende Niedergang der EU als Hauptverlierer der aktuellen Umbrüche; der beginnende Kampf um die Vorherrschaft des Dollars. Das Finanzkapital sei zum permanenten Risikofaktor geworden. Wahl konstatierte eine „allgemeine Krise des Kapitalismus“, der einer Kriegslösung zutriebe, solange die USA keinen modus vivendi mit den Gegnern suchten. Die aktuelle Lage sei mit der vom Geschichtsschreiber Thukydides beschriebenen vor dem Peloponnesischen Krieg und der Situation vor dem 1. Weltkrieg zu vergleichen. Im aktuellen Fall sei für die niedergehende Macht USA die Überlegung naheliegend, den oder die Gegner möglichst früh militärisch niederzuringen, bevor sich die Verhältnisse noch stärker zu den eigenen Ungunsten entwickle.

Dass an diesem Samstag keine Alarmisten versammelt waren, wurde eingangs schon festgestellt. Es herrschte das Bemühen um eine ausgewogene Analyse, die die ökonomischen Strukturen und Veränderungen ins Auge fasst und sich wenig von politischen Moden und Kampagnen beeindruckend lässt. Die Warnung davor, wohin die Dinge treiben, wirkte umso überzeugender.

Lucas Zeise

Geschlechterverhältnisse aus historisch-materialistischer Sicht

12. Marxistische Studienwoche 2019, Frankfurt am Main, 11. bis 15. März 2019

Die Marxistische Studienwoche 2019 (Veranstalter: Heinz Jung Stiftung und der Redaktion Z) behandelte „Geschlechterverhältnisse aus historisch-materialistischer Sicht“. Das überwiegend studentische Publikum (über fünfzig Teilnehmer*innen, zumeist in unterschiedlichen linken Zusammenhängen engagiert) hörte und diskutierte vormittags jeweils zwei Vorträge, las und diskutierte nachmittags in Arbeitsgruppen Texte des Vorbereitungs-Readers. Daneben gab es Podien und Abendveranstaltungen. Dass es sich bei dem komplexen Thema von Geschlechterverhältnissen keineswegs um einen Nebenschauplatz handelt, dass es vielschichtige marxistische Forschung und Theorie und einen Berg aktueller Diskussionsfragen hierzu gibt, spiegelte sich im anspruchsvollen und spannenden Programm der Woche wider.

Am Montag startete die Studienwoche nach kurzer Einführung durch *André Leisewitz* und *Kim Lucht* (Vorbereitungsteam) mit aktuellen Kurzinputs von *Kerstin Wolter* (*Frauen*streik Berlin*) und *Bettina Gutperl* (*SDS Berlin*). *Kerstin Wolter* sprach über die von ihr mitinitiierte Frauen*streik-Bewegung. Diese versucht den 8. März auch in der Bundesrepublik, anknüpfend an entsprechende Bewegungen in Europa und Amerika, als einen Tag des internationalen feministischen Streiks zu etablieren. Am diesjährige 8. März fand die breiteste Protestbewegung von Frauen seit mindestens 25 Jahren in Deutschland statt. Trotz der Problematik des deutschen Streikrechts soll in den kommenden Jahren versucht werden, die Gewerkschaften stärker einzubinden. *Bettina Gutperl* ging auf Geschlechterverhältnisse an den Hochschulen ein. Sie verwies auf die zentrale Rolle von Hochschulen in der Wissensproduktion und -weitergabe, den in der Vergangenheit enorm gewachsenen Anteil weiblicher Studierender, aber auch die Reproduktion von tradierten Geschlechterverhältnissen durch unkritische Studieninhalte, und sie berichtete über entsprechende Gegenaktivitäten.

Zum zentralen Thema „Geschlechterverhältnisse aus historisch materialistischer Sicht“ rekapitulierte zuerst *Winfried Schwarz* (Frankfurt/M.) mit Bezug auf umfangreiche, im Reader zusammengestellte Quellenmaterialien die Auffassungen bei Marx und Engels (Marx: „Ethnologische Exzerptheft“; Engels: „Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates“) und kontrastierte sie mit dem aktuellen Stand ethnologischer Forschung zu Gentilgesellschaften. So wurde die Komplexität der Frage nach dem historischen Ursprung der Frauenunterdrückung verdeutlicht. Dass Engels Aussagen im Lichte heutiger Erkenntnisse zu Teilen nicht mehr haltbar sind, ist auf die seinerzeit noch sehr schmale empirische Quellenbasis zurückzuführen. Unabhängig davon hat Engels, „trotz manchen Irrtümern der große Klassiker“ (Claude Meillassoux), „die ein Jahrhundert lang bestimmenden Fragestellungen“ (Gerda Lerner) der Geschlechterforschung bestimmt, wie *André Leisewitz* (Redaktion Z) zwei historisch-

materialistische Ethnologen zitierte. Er ging näher auf das von Marx und Engels seit der „Deutschen Ideologie“ verfolgte Konzept der „doppelten Produktion und Reproduktion des Lebens“ ein, dem in der Geschichte des Marxismus nur ungenügend Aufmerksamkeit geschenkt worden sei und das auch heute für die Analyse der Geschlechterverhältnisse im Bereich der kapitalistisch vergesellschafteten Arbeit wie der nach wie vor in hohem Maße familialen Reproduktionsarbeit essentiell sei. Dabei müssten mit Blick auf aktuelle Fragen insbesondere die Umbrüche mit der Erosion traditioneller Familienstrukturen und zunehmender Vergesellschaftung von Reproduktionsarbeiten bedacht werden. Den letzten Einstiegsbeitrag steuerte *Kim Lucht* (Jena) zu Diskussionsfragen der marxistisch-feministischen Geschlechterdebatte bei. Sie rückte das Verhältnis von Klasse und Geschlecht in den Mittelpunkt. Der Begriff der Arbeit müsse im Kontext von Reproduktions- und Carearbeit genauer gefasst werden. Kritisch äußerte sie sich zum Intersektionalitätsansatz; hier müsse das Verhältnis von Frauenunterdrückung und Kapitalismus genauer bestimmt werden.

Zum Abschluss des ersten Tages diskutierten *Eleonora Roldán Mendivil* (*Aktivistin aus Berlin*), *David Salomon* (*Universität Hildesheim*) und *Ines Schwerdtner* (*Autorin in Berlin*) über „Konfliktfeld Geschlechterverhältnisse“. Frauenstreik, Quotenfrage, Queer-Theorie, das Verhältnis von Klasse und Geschlecht waren Themen, die dann im Verlauf der Woche erneut aufgegriffen wurden.

Frigga Haug (*Das Argument, Esslingen/Berlin*) vertrat, ausgehend von der „doppelten Produktion des Lebens“, die These, Geschlechterverhältnisse selbst als Produktionsverhältnisse zu begreifen. Der privaten „Produktion des Lebens“ stellte sie die gesellschaftliche „Produktion der Lebensmittel“ gegenüber – beides Bereiche mit unterschiedlichen Zeitlogiken (bei ersterer gilt: je mehr Zeit, desto besser; bei letzterer ist Zeiteinsparung das Diktat). Damit stelle sich die Frage, wer über die Zeit verfügen kann. Haug präsentierte als Antwort ihre Utopie der „Vier-in-Einem-Perspektive“. Um die familiäre, private Sorge- und Hausarbeit besser zu stellen, sollten den Bereichen Lohnarbeit („Produktion der Lebensmittel“), Sorgearbeit („Produktion des Lebens“), Bildung und Politik gleich viel Zeit und Wertschätzung eingeräumt werden.

Zum Thema „Klasse und Geschlecht“ referierte *Margarete Steinrücke* (*Arbeits- und Geschlechtersoziologin, Bremen*). Sie gab auch unter methodischen und theoretischen Gesichtspunkten Einblicke in eine empirisch fundierte Studie (Basis: SOEP-Daten, 1990er Jahre) zum Verhältnis von sozialer Ungleichheit und Stellung der Geschlechter, bei der, etwas schematisch formuliert, die Frage im Mittelpunkt stand, ob Klasse oder Geschlecht mehr prägenden Einfluss auf das Leben der Menschen habe oder ob es so etwas wie ein Klassengeschlecht gebe. Steinrücke hob unter Bezug auf Bourdieu für die Charakterisierung unterschiedlicher Klassen und Milieus ihre Untersuchungssamples die kulturelle Dimension von Klassenverhältnissen besonders hervor. Als wesentliches Ergebnis der Studie ergab sich, dass Frauen innerhalb aller untersuchten Klassen und Schichten eine Art „Unterklasse“ bilden, i.d.R. etwa eine „halbe Stufe“ unter den Männern.

Kerstin Wolter und *Bettina Gutperl* gaben eine Übersicht zu Geschlechterverhältnissen in der Bundesrepublik. Sie zeichneten die Verbesserung von Frauenrechten in den letzten 100 Jahren nach und verdeutlichten, dass Frauenrechte immer im Zusammenhang von linken Bewegungen gefordert und erkämpft worden seien. Das von ihnen präsentierte Tableau zur gesellschaftlichen (Schlechter-)Stellung von Frauen reichte von der Verteilung von Reproduktionsarbeit über den Gesamtbereich von Erwerbsarbeit zu Familienpolitik, Bildung und Qualifikation, Kultur bis zu den allgemeinen und zwischengeschlechtlichen Gewalt- und Herrschaftsverhältnissen. Thematisch daran anschließend zeichnete *Gisela Notz* (*Sozialwissenschaftlerin/ Autorin, Berlin*) einen historischen Abriss der Frauenbewegung in der BRD. Auch hier wurde schnell klar, dass es ohne den Beitrag sozialistischer Frauen viele Errungenschaften der Frauenbewegung nicht gegeben hätte, sei es die Er kämpfung des allgemeinen Wahlrechts oder die formale Gleichstellung von Mann und Frau im Grundgesetz. Von der „bleiernen Zeit“ der 50iger Jahre, von den Frauen der 68er bis zu den 90ern Jahren, als sich Migrantinnen in der Frauenbewegung Gehör verschafft und die heutige Diskussion um Intersektionalität begründet hätten, wurden die wesentlichen Kapitel der Frauenbewegung angerissen. Auch auf die verschiedenen Spaltungen der Frauenbewegung ging Notz ein.

Im Vortrag von *Tove Soiland* (*Historikerin und Philosophin, Universität Zürich*) zur „Kritik an aktuellen Konzepten von Geschlechterverhältnissen – Wie subversiv sind hybride Identitäten?“ ging es um das Verhältnis von Marxismus, Feminismus, Queertheorie und Identitätspolitik. Soiland gab eine detaillierte Kritik an Judith Butler. An die Stelle der „großen Erzählung“ sei nach und nach eine Kritik der Identitäten und Identitätszuschreibungen getreten, was besonders in den Gender Studies aufgegriffen worden sei. Soiland problematisierte, dass Queertheorie zwar die Kategorien von Geschlecht hinterfragen wolle, diese dann aber selber letztlich als Identitäten übersetze. Dies führe politisch dazu, dass der Bezug auf kollektive Akteure abgelehnt würde. Ein weiteres Problem sei, dass die Gender Studies zumeist die in ökonomischer Ausbeutung und Klassenverhältnissen wurzelnden Herrschaftsverhältnisse aus den Augen verloren hätten und auf verschiedene Arten anschlussfähig an neoliberale Herrschaftsformen seien. Demgegenüber sei es die Aufgaben von Feminist*innen, die kollektive Betroffenheitslage von Frauen zu artikulieren und Frauen als kollektive Akteurinnen in die Rolle eines progressiven Subjekts zu heben.

Als letzte Referentin sprach *Pia Bräunig* (*politische Sekretärin beim IG Metall-Vorstand für Frauen- und Gleichstellungspolitik*) über die Situation von Frauen in der Arbeitswelt, über unterschiedliche Bezahlung und Arbeitszeiten und Probleme der Frauenarbeit der IG Metall. Sie berichtete über die Frauen- und Gleichstellungspolitik der IG Metall, wo gerade u.a. über Forderungen zu weiterer Arbeitszeitreduzierung, über Probleme der Flexibilisierung der Arbeit sowie über Maßnahmen und „empowerment“ gegen Sexismus und sexuelle Belästigung sowie für Frauenförderung im Haupt- und Ehrenamt diskutiert würde.

Zum Abendprogramm gehörte ein Bildergespräch im Frankfurter Stadel mit

Reiner Diederich (KunstGesellschaft Frankfurt a.M.) über „Menschenbild und Geschlechterverhältnisse in der Renaissance – Tizian“. Die abschließende Diskussions- und Feedbackrunde ergab u.a. eine Reihe weiter zu diskutierender Fragen, u.a. zu Vereinbarkeit von Marxismus(-Feminismus) und Queertheorie, zum Arbeitsbegriff, zur Kritik feministischer Ökonomie und zu Klassen- und Geschlechterverhältnissen.

Katharina Schramm

Die zweite Revolution? – Das Frühjahr 1919 in Deutschland und Europa

Gemeinsame Konferenz von Museum Lichtenberg und Helle Panke e.V – RLS Berlin, 9. März 2019

Lange Zeit hielt sich im herrschenden Diskurs der alten BRD die Erzählung von der raschen, unblutigen Gründung der Weimarer Republik mit den freien Wahlen zur Nationalversammlung. Neuere Forschungsarbeiten rütteln an diesem Gründungsmythos. Was war geschehen und was wollten damalige Akteure? Das waren Fragen, die eine Konferenz im Rathaus Berlin Lichtenberg auch mit einem europäischen Blick zu klären suchte.

Dietmar Lange (Berlin) verwies auf die Geschichte des Tagungsortes: Der Arbeiterbezirk Lichtenberg war vor 100 Jahren ein Brennpunkt; hier wütete der konterrevolutionäre Terror, mordeten rechte Freikorps hunderte Kommunisten, Sozialdemokraten und einfache Bürger. *Marcel Bois* (Hamburg) warf den Blick auf „Revolutionen und Konterrevolutionen am Ende des Ersten Weltkriegs in globaler Perspektive“. Der Krieg zermürbte nicht nur Bevölkerung und Soldaten, sondern führte auch zur Beendigung der Herrschaft der Dynastien in Berlin, Wien, Petrograd und Konstantinopel. In den letzten Kriegsjahren erfassten unterschiedlich ausgeprägte Demokratisierungswellen große Teile der Welt: Hungerunruhen, Antikriegsbewegungen, nationale Unabhängigkeitskämpfe, Streiks für höhere Löhne und den Achtstundentag fanden international statt. Rasch sammelte sich aber auch die Konterrevolution. Mit ihr entstanden bzw. erstarkten Antikommunismus, Antibolschewismus und – oft damit einhergehend – rassistischer Antisemitismus.

Im ersten Panel ging es um „Chancen und Risiken des deutschen Frühlings 1919“. *Gisela Notz* (Berlin) stellte „Politische Positionen und Kämpfe linker Frauenpolitik“ vor. Hier gab es mehrere Spannungsfelder: proletarische vs. bürgerliche Frauenrechtlerinnen, fortschrittliche Stadt vs. reaktionär-klerikales Land sowie die Männerdominanz auch in der Arbeiterbewegung. Daran anknüpfend referierte *Mirjam Sachse* (Kassel) über „Das Frauenleitbild der ‚Staatsbürgerin‘ zwischen demokratischem Aufbruch und antirevolutionärer Sackgasse“. Anhand der Zeitschrift „Die Gleichheit“ schilderte sie Clara Zetkins Ideal der Klassenkämpferin, verkörpert im „weiblichen Vollmensch“. *Klaus Wisotzky* (Essen) berichtete über „Streikbewegungen im Ruhrgebiet

1919“. Er zeigte, dass viele Streiks lokal und auf einzelne Zechen begrenzt waren, dass die Streikenden häufig gegen den Willen der Gewerkschaftsspitzen in den Ausstand traten und auch die Arbeiterparteien uneins waren. Exemplarisch beschrieb er das anhand der Ereignisse in Essen. „Streikbewegungen in Mitteldeutschland 1919“ thematisierte *Mario Hesselbarth* (Jena). Wo die MSPD stark war, blieben die Arbeiter zurückhaltend, und wo die USPD das Sagen hatte, gab es härtere Arbeitskämpfe, so seine Feststellung. Auch hier stand, ähnlich wie in Essen, am Ende des Streiks eine politische Radikalisierung der Arbeiterbewegung nach links.

Das folgende Panel erfragte „Momente der Weltrevolution?“. *Sebastian Zehemair* (Berlin), der über „die revolutionären Ereignisse in München und Bayern“ referierte, betonte den antipreußisch-emanzipatorischen Moment, den der Pazifist Kurt Eisner als erster Ministerpräsident bei seinem separatistischen Streben im Hinterkopf hatte. Berlin verkörperte außerhalb Preußens Militarismus und Zentralismus. Damit zu brechen war eine der Intentionen der Münchener Räterepublik. Für Bayern machte der Referent drei revolutionäre Phasen aus: Die erste ging bis zur Ermordung Eisners. Sein Tod sorgte erst für Massendemonstrationen und eine starke Abwehrreaktion gegen die Reaktion. Das Machtvakuum besetzte schließlich im April die Räterepublik, die weitestgehend auf München und Südbayern beschränkt blieb. Nach drei Wochen wurde sie am 1. Mai von Freikorps blutig niedergeschlagen. Es entstand 1920 die „Ordnungszelle Bayern“, ein Rückzugsort für Kaiserstreue, Kapp-Putschisten und Nazis. *Belá Bodó* (Bonn) sprach über „Die ungarische Räterepublik und ihre antisemitische Verleumdung“. Ungarn war nach dem Ende der k.u.k.-Monarchie nicht nur innenpolitisch schwach, sondern außenpolitisch in einer militärischen Notlage. Die Räteregierung vermochte es zunächst, das Land zu verteidigen. Als im Sommer 1919 ein Teilrückzug nötig wurde, geriet Béla Kuns Regierung unter Druck und verlor den Rückhalt des Bürgertums. Sein militärisches Ende war zugleich sein politisches. Ende Juli fielen Horthys Faschisten in Budapest ein, töteten 3.000 Menschen und zerschlugen die Räterepublik. In der Folge erstarkte ein antibolschewistischer und rassistischer Antisemitismus. *Simon Webb* berichtete über „Streikbewegungen 1919 in Großbritannien“. Die Regierung zog nach dem Ende des Weltkrieges gleich in den nächsten Krieg, nun gegen Sowjetrußland. Das sorgte für Unmut unter Soldaten. Auch die Polizei war unzufrieden. In Liverpool streikte sie im Sommer 1919. Webb berichtete über Streiks in Glasgow und Dublin, über einen großen Eisenbahnerstreik, der die Energieversorgung existenziell bedrohte und über das Lavieren der Regierung. Auch in Südeuropa rumorte es vielerorts, wie *Pietro di Paola* (Lincoln) in seinem Vortrag „Streikbewegungen in Italien 1919“ belegte. Unerfüllte Wahlversprechen sorgten für Unmut. Politisch radikalisierte Kriegsrückkehrer trugen revolutionäres Gedankengut ins Land. Es kam zu wilden Streiks und Fabrikbesetzungen. Anfang 1919 gab es in Italien einen „revolutionären Rausch“ mit Hunderttausenden auf den Straßen. Auch die Presse war auf Seiten der Linken, deren Hegemonie für kurze Zeit hergestellt. Letztlich konnte sie den Moment aber nicht nutzen, bald danach erstarkte der Faschismus.

Das Abschlusspodium zum Thema „Revolutionärer Aufbruch und blutige Konterrevolution“ eröffnete *Axel Weipert* (Berlin) mit einem Vortrag über „Rätebewegung und Generalstreik in Berlin 1919“. Er betonte, dass die Räte großes Gewicht hatten, es aber aufgrund des Basisansatzes schwierig gewesen sei, sie längere Zeit überregional zu koordinieren, was zum Scheitern mit beitrug. Ein weiterer Grund dafür war die „Gewalteskalation von Herbst 1918 bis Frühjahr 1919“, welche *Mark Jones* (Berlin/Dublin) umriss. Er sah in der Gewalt von rechts, die Ebert und vor allem Noske mit zu verantworten hatten, eine Ursache für das, was 20 Jahre später geschehen sollte. Noskes Schießbefehl gegen die Arbeiter sei der „Schießbefehl der Weimarer Republik“ gewesen. Und weil „alle Geschichte irgendwie Lokalgeschichte ist“, beschrieb Jones anhand konkreter Morde die damalige „Bürgerkriegsmentalität“ in Berlin. Daran anknüpfend referierte *Klaus Gietinger* (Frankfurt/Main) zur „Volksmarinedivision in den militärischen Kämpfen in Berlin“, die, obwohl sie loyal zur Regierung stand, der mitregierenden MSPD zu linksradikal war. Bei den Weihnachtskämpfen 1918 ließ Ebert die im Schloss verschanzten Matrosen beschießen. Die USPD verließ die Regierung, die Bevölkerung demonstrierte für die Matrosen. Erst als in den Märzkämpfen einer ihrer Kommandanten von Rechten erschossen wurde, schlossen sie sich den Aufständischen an. Gegen diese setzte die Regierung Bomber und Artillerie in der Stadt ein. Noske löste die Division per Befehl auf. Teile von ihnen wurden in eine Falle gelockt und ermordet.

Jones und Gietinger schilderten die konterrevolutionäre Gewalt sehr bildhaft. Die Frage der Schuld, die Differenzen zwischen MSPD-Führung und Parteilinie, die sich teilweise lautstark gegen Noske wendete, das spätere Scheitern der USPD, die Ereignisse in Sowjetrußland, die Gründung der Komintern u. v. m. spielten bei der Betrachtung des Konferenzthemas ebenfalls eine wichtige Rolle. Was bleibt, ist die Erkenntnis, dass die damalige Situation komplizierter und ergebnisoffener war, als dominierende Geschichtsbilder lange vermittelten. (Eine Publikation der Beiträge ist vorgesehen.)

Alexander Amberger

70 Jahre: Kein Frieden mit der NATO

Veranstaltung der Rosa-Luxemburg-Stiftung, der Fraktion DIE LINKE. im Hessischen Landtag und der Friedens- und Zukunftswerkstatt, Frankfurt/Main, 30. und 31. März 2019

Auch wenn die im April vor nunmehr 70 Jahren gegründete NATO mit der Aufkündigung des Warschauer Paktes im Juli 1991 und mit dem erklärten Ende des Kalten Krieges ihre Geschäftsgrundlage verloren hatte, wurde sie nicht aufgelöst, sondern entgegen entsprechenden Zusicherungen im Vorfeld der Zwei-

plus-Vier-Verhandlungen¹ bis an die Grenzen Russlands ausgedehnt. Ihre Aufgaben wurden, wie *Ingar Solty* (RLS, Berlin) eingangs hervorhob, als globale Interventionsarmee unter Führung der USA neu definiert.

Im Frankfurter Gewerkschaftshaus standen bei einer Fachkonferenz (ca. 80 Teilnehmende) der Rosa Luxemburg Stiftung in Verbindung mit der hessischen Landtagsfraktion der Partei Die Linke und der Frankfurter Friedens- und Zukunftswerkstatt die aktuellen Planungen und die inneren Auseinandersetzungen der NATO sowie die damit in Zusammenhang stehende Militarisierung der EU zur Debatte. Die Tagung gab dabei instruktive Einblicke in die Rolle der Bundesrepublik als einer tragenden und treibenden Kraft der Militarisierung der EU und der territorialen Ausweitung der Aktivitäten der NATO-Streitkräfte. Das Verhältnis zu den USA, die Konfrontation gegenüber Russland, die Reaktionen auf den Aufstieg Chinas als Weltwirtschaftsmacht und die im Rahmen der EU durchaus nicht konfliktfrei koordinierten Aktivitäten der Achse Berlin-Paris standen dabei im Mittelpunkt.

In einer ersten Bestandsaufnahme sprachen der Politikwissenschaftler *Prof. Dr. Frank Deppe* (Marburg) über die NATO im globalen Kapitalismus, *Prof. Horace Campbell* (Syracuse University, New York) über die NATO-Regime-Change-Politik der jüngsten Zeit sowie *Claudia Haydt* von der Informationsstelle Militarisierung (IMI, Tübingen) über deutsche Außenpolitik und NATO im „Trump-Zeitalter“.

Deppe verwies darauf, dass die Beibehaltung und Ausdehnung der NATO nach 1990 für die Aufrechterhaltung der Vorherrschaft des Westens von den USA und der EU unbeschadet zunehmender Widersprüche im transatlantischen Bündnis als unverzichtbar angesehen werde. In diesem Kontext sei Deutschland 1991 erstmal wieder als kriegsführende Macht in Erscheinung getreten; die Initiatoren dieser deutschen Kriegsbeteiligung müssten vor ein internationales Tribunal gestellt werden. Deppe verwies auf die Zäsur von 1990/1991 und die veränderten Kräfteverhältnisse im internationalen Kapitalismus (neue „Triade“ USA – Ostasien/China – EU). Trotz rückläufiger Weltwirtschaftsanteile seien die USA ökonomisch und insbesondere militärisch nach wie vor die dominierende Macht in den internationalen Beziehungen („Kern“ des globalen „Empire“). Gegen die von „neorealistischen“ Politiktheoretikern als geradezu unvermeidlich angesehene militärische Konfrontation zwischen den (absteigenden) USA und aufsteigenden Mächten (China) müsse eine neue internationale Friedensbewegung entwickelt werden. Deppe erinnerte an die weltweiten Friedensaktionen vom Februar 2003 gegen den drohenden Irak-Krieg, die auch zur bislang größten Friedensdemonstration in der Bundesrepublik geführt hatte. Der US-amerikanische Politikwissen-

¹ „Not one inch eastwards“ würde die NATO ausgedehnt, hatte US-Außenminister Baker Gorbatschow am 9. Februar 1990 zugesichert. Vgl. die im Dezember 2017 hierzu vom „National Security Archive“ an der George Washington University publizierten, bisher unveröffentlichten Dokumente mit entsprechenden Zusagen (neben Baker von Bush, Genscher, Kohl, Gates, Mitterand, Thatcher, Hurd, Major, Wörner). Siehe: <https://nsarchive.gwu.edu/briefing-book/russia-programs/2017-12-12/nato-expansion-what-gorbachev-heard-western-leaders-early>

schaftler *Horace Campbell* von der Syracuse University (New York), der auch einen Lehrstuhl an der Universität von Ghana innehat, unterstrich zwei aktuelle Tendenzen: *Erstens* sei die NATO heute eine weltweite Organisation, die gerade Anstalten mache, Brasilien und Lateinamerika zu integrieren, und die ihre Funktion im militärischen Management des internationalen politischen Systems sehe.² Schon früher habe ein enger Zusammenhang zwischen NATO und Kolonialismus bestanden (zu den Gründungsmitgliedern der NATO gehörten die damals dominierenden Kolonialmächte wie Großbritannien, Frankreich oder Belgien); heute orientiere die neue NATO wieder auf Afrika. *Zweitens* habe sich das Gesicht des Krieges gewandelt. Heute gehöre zur globalen Kriegsführung neben dem „humanitären Imperialismus“ auch der Einsatz der Finanzsysteme als Kriegsmittel, Informationsmanipulation, Sanktionsregime, Cyberwarfare u.a.m. *Claudia Haydt* vom IMI warf die Frage auf, wie die deutschen „politischen Eliten“ angesichts von Trumps Powerplay in der NATO agieren. Sie konstatierte einen Ausbau bundesdeutscher Strukturen und Initiativen im Rahmen der NATO unter Verweis u.a. auf das neue *Joint Support Enabling Command* (JSEC), das die Bundeswehr in Ulm aufbaut, und die Rolle der Bundeswehr im Enhanced Forward Presence-Programm der NATO im Baltikum. Dies sei verbunden mit dem größten Aufrüstungsschub seit langem. Zugleich forcieren die Bundesregierung die „Selbstbehauptung der EU“ im Rahmen der NATO insbesondere mit der Rüstungskooperation mit Frankreich. Die Debatte um Einschränkung der Rüstungsexporte nach Saudi-Arabien sei in erster Linie im Zusammenhang mit dem Europa-Wahlkampf zu sehen. In Sachen Aufrüstung gegen Russland gebe es keinerlei Dissens mit den USA. In der Diskussion wurde der Forderung nach Austritt aus der NATO Nachdruck verliehen. *Willi van Ooyen* berichtete mit Blick auf die Ostermärsche über eine wieder stärkere Beteiligung von Gewerkschaftern.

In einer zweiten Runde sprachen *Jürgen Wagner* (IMI, Tübingen) und *Frauke Banse* (Universität Kassel) über Aspekte der „Globalstrategie“ und der Militarisierung der EU. Wagner knüpfte an das 2016 beschlossene EU-Dokument „Shared Vision, Common Action: A Stronger Europe. A global Strategy for the European Union’s Foreign and Security Policy“ an und gab eine Bestandsaufnahme zum von Deutschland und Frankreich forcierten PESCO-Rüstungsprojekt, das im Dezember 2017 auf EU-Ratsbeschluss in Gang gesetzt wurde. Aus seiner Sicht strebt die EU gegenwärtig eine Art „mittlere Variante“ strategischer Autonomie in Rüstungs- und Militärfragen an mit u.a. einer teilautonomen Einsatzplanung, eigenständiger Industriepolitik und NATO-EU-Kooperation. Afrika spielt in der Globalstrategie der EU und der Bundesrepublik eine zunehmend prominente Rolle, wie *Frauke Banse* (Uni Kassel) darstellte. Sie bezog sich auf die gerade verabschiedeten „Afrikapolitischen Leitlinien“ der Bundesregierung vom März d.J. Auch hier spielt die deutsch-französische Kooperation eine wesentliche Rolle. Mali ist das Terrain, auf dem dies derzeit ausprobiert wird. Im deutsch-französischen „Vertrag von Aachen“ vom Januar 2019 wird u.a. engere militäri-

² Vgl. dazu und zur Geschichte der Militarisierung der EU auch den Beitrag von Werner Ruf in diesem Heft.

sche Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern und stärkere militärische Kooperation in Afrika vereinbart. In diesen Kontext gehört auch der vom BMZ propagierte „Marshallplan mit Afrika“ zur stärkeren ökonomischen und finanzkapitalistischen Durchdringung afrikanischer Länder durch die Bundesrepublik.

Im dritten Block sprachen *Prof. Dr. Norman Paech* (Hamburg), *Andrej Hunko* (MdB, DIE LINKE) und die Friedensaktivistin *Isabelle Casel*. Der dritte und der vierte Block widmeten sich den Alternativen zu den Entwicklungen, die in den beiden vorangegangenen Blöcken debattiert wurden.

Paech („Die Rolle des Völkerrechts in einer zukünftigen Friedensordnung“) sprach zunächst über die Erosion des Völkerrechts und den verbreiteten Völkerrechtsnihilismus seit dem Epochenumbruch 1989/90. Statt der erhofften „Friedensdividende“ überzogen die NATO-Staaten unter Führung der USA die Welt mit einer Reihe von Aggressionskriegen, von Jugoslawien 1999, über Afghanistan 2001, Irak 2003, Libyen 2011 bis Syrien 2014, die sämtlich als schwere Verstöße gegen das Völkerrecht einzustufen sind. Die verschiedenen Versuche, die Kriege völkerrechtlich zu legitimieren – Selbstverteidigung, humanitäre Intervention, responsibility to protect, „unwilling and unable“-Konzept – , sind überholt oder ungeeignet. Sie pervertieren das Völkerrecht von einem Recht, welches den Frieden garantieren soll, in ein Recht zur Führung von Kriegen. Demgegenüber forderte *Paech* eine Rückorientierung auf die Grundsätze und Prinzipien der UNO-Charta, die ein striktes Gewalt- und Aggressionsverbot postulieren und nach wie vor geeignet sind, auch den modernen Formen der Gewalt und des Krieges eindeutige Grenzen mit ihren Regeln zu setzen. *Andrej Hunko* argumentierte, dass die Forderung „Auflösung der NATO“ oder „Raus aus der NATO“ alleine nicht ausreichen würden. Die Auflösung der NATO hätte erst einmal nur zur Folge, dass eine militarisierte EU mit einzelnen atomar und konventionell hochgerüsteten Staaten fortbestehen würde. Diese würden ihre kolonialen und imperialistischen Interessen, von denen sie nicht lassen wollen, dann in Eigeninitiative verfolgen. Darum müsse die Forderung nach Auflösung des Kalte-Kriegs-Relikts NATO verbunden werden mit dem „Aufbau eines kollektiven Sicherheitssystems unter Einschluss Russlands“. Dies könne dabei aus bereits bestehenden Strukturen wie der „Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa“ oder dem Europarat entwickelt werden. Das Gründungsmotiv eines solchen Systems der guten Nachbarschaft müsse die Rüstungskontrolle und die Abrüstung sein. Der erste Schritt in diese Richtung wäre ein deutscher „Austritt aus den militärischen Strukturen der NATO“, wie das einst Frankreich unter Charles de Gaulle praktiziert habe. Dazu gehöre auch die Kündigung der Stationierungsverträge – wie etwa der Relaisstation Ramstein für den völkerrechtswidrigen, unbegrenzten Drohnenkrieg der USA.

Isabelle Casel machte Vorschläge für eine praktische Friedenspolitik und untermauerte, welche Ressourcen für die Lösung der Menschheitsprobleme Welt hunger oder Klimawandel durch neue Vorstöße in der globalen Rüstungskontrolle und Abrüstung möglich wären. Ein besonders vitales Interesse aus deutscher Perspektive sei es, den Rüstungswettlauf und die Konfrontation mit Russ-

land in eine Politik des Interessenausgleichs mit Russland zu überführen. Die Erb- und Erzfeindschaft mit Frankreich sei überwunden worden, „indem man alle Anstrengungen darauf richtete, dass es nie wieder Krieg mit Frankreich geben dürfe.“ Warum werde nicht die gleiche Entspannungspolitik auf Russland ausgedehnt, die „auf dem Grundanliegen fußt, dass es zwischen Deutschland und Russland nie wieder einen Krieg geben“ dürfe?

Im vierten Block sprachen schließlich *Erin Daly* (Professorin an der Juristischen Fakultät der Widener University in den USA) und *Ingar Solty*, Referent für Außen-, Friedens- und Sicherheitspolitik der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Daly identifizierte die Grundprinzipien einer linken Konfliktpräventionspolitik, die nicht bei der zivilen Konfliktbearbeitung stehen bleibe, sondern sich an einem „positiven Frieden“, der soziale Gerechtigkeit voraussetzt, orientiere. Die Mainstream-Konfliktbearbeitungsansätze fokussierten alleine auf kurzfristige „Übergangsgerechtigkeit“ und blendeten die materiellen Bedingungen für eine dauerhaft gewaltfreie Konfliktpolitik aus. Linke Politik müsse darauf zielen, die Ursachen von gewaltförmig ausgetragenen Konflikten zu beheben und sozial-gerechte Bedingungen dafür schaffen; „Übergangsgerechtigkeit“ müsse durch eine „transformative Gerechtigkeit“ ergänzt werden. *Solty* diskutierte in seinem abschließenden Beitrag die linken Ansätze in der Konfliktbearbeitung und Konfliktprävention. Seine Kritik: In fast keinem historischen Fall von Post-Konfliktsituationen (im „globalen Süden“) seien die Bedingungen für „Übergangsgerechtigkeit“ (wie Wahrheitskommissionen, Opferentschädigungen, Entwaffnungen der Konfliktparteien, etc.) gewährleistet worden. Nirgendwo seien die Konfliktursachen durch eine Politik der sozialen Gerechtigkeit präventiv behoben worden. Intensive Basisarbeit (etwa von Verschwundenenkomitees) werde sofort zunichte gemacht, wenn ein – auch finanziell – ausgeblutetes Land auf westliche Kredite angewiesen sei und diese nur im Austausch für Marktöffnung und „Freihandel“ bekomme. Da diese Konfliktursache Nr. 1 seien, sei auch das Wiederaufflammen von Gewalt vorprogrammiert. Hiergegen meinte *Solty*, dass linke Handlungsfähigkeit in außenpolitischen Fragen oft anderswo läge; eine „linke Debatte über zivile Konfliktprävention“ sei notwendig und sollte mit praktischen Anstrengung zum Aufbau einer „neuen Internationale“ verknüpft werden – ein aus seiner Sicht denkbare Handlungsfeld der RLS.

André Leisewitz